

Angleichungen – Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit als Problem der politischen (Erwachsenen-)Bildung im vereinten Deutschland

Klaus Ahlheim

Zusammenfassung

Seit Wende und Wiedervereinigung, seit der „kapitalistischen Landnahme“ (Tietgens) hat Deutschland ein gravierendes politisches und gesellschaftliches Problem: rechtsextreme Gewalt und Fremdenfeindlichkeit. Doch das Problem des rechten Extremismus weist – nur scheinbar paradox – in die Mitte der Gesellschaft. Fremdenfeindliche und auch antisemitische Vorurteile, so belegt der Beitrag, sind in Ost- und Westdeutschland in unterschiedlicher Ausprägung, aber mit deutlichen Tendenzen der „Angleichung“ weit verbreitet. Sie machen das ideologische Umfeld des rechten Extremismus aus und fordern von der politischen Bildung beharrliche und kontinuierliche Aufklärungsarbeit, jenseits politischer und pädagogischer Konjunkturen.

Am 31.5.1994 findet die jährliche Koordinierungskonferenz aller „Zentralen für die politische Bildung“, der Bundeszentrale und aller Landeszentralen also, in Erfurt statt. In einem Einführungsreferat versucht der Vortragende eine „Standortbestimmung der politischen Bildung im vereinten Deutschland“ und führt u. a. aus: „Ich bin mir sicher, dass wir uns – auch in der und als Folge der Vereinigung – das Hauptthema der politischen Bildung bis zum Ende dieses Jahrhunderts in dramatischer Weise selbst gestellt haben, durch den fremdenfeindlichen, rechtsextremen Terror, der freilich mit der Ideologie aus der Mitte der Gesellschaft eng verbunden ist. Hoyerswerda, Rostock, Hünxe, Mölln, Solingen und Magdeburg haben die Thematik vorgegeben, an der in den nächsten Jahren solches Hauptlernziel zu explizieren ist: Vorurteile, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus bleiben für die nahe und mittlere Zukunft die zentralen Themen politischer Bildung. Dabei geht es stets um mehrere Dimensionen, um die Herausarbeitung etwa der politischen Strukturen und Strategien des organisierten Rechtsextremismus und um die Analyse der Entstehung fremdenfeindlicher, autoritärer Orientierungs- und Handlungsmuster in der Mitte der Gesellschaft, um die Wirkung und Funktion von Vorurteilen, um Sündenbockpraktiken und öffentlich – politische Diskurse der Ausgrenzung, um Migrationspolitik und

Multikulturalität, um das Erinnern nicht zuletzt der nationalsozialistischen Barbarei, um die Widerlegung des rechtsextremen Geschichtsrevisionismus, der mit dem Leugnen der Gräueltaten von Auschwitz neuer Barbarei den Boden bereiten könnte. Erinnerungsarbeit in Verbindung mit lokalen Kultur- und Geschichtsinitiativen etwa und Gedenkstättenarbeit gehören zum Kern jeder politischen Bildung.“ Der Referent in Erfurt war ich.

Ich bin nicht sicher, ob viele Zuhörer damals nicht doch der Meinung waren, der Referent habe ein wenig, vielleicht sogar reichlich übertrieben, so wichtig, so zentral sei die Frage der fremdenfeindlichen Gewalt nun wieder nicht, und die politische Bildung im vereinten Deutschland stünde doch vor ganz anderen, ganz schwierigen Aufgaben. Immerhin, betrachtet man die Entwicklung bis heute, kann man getrost feststellen und festhalten, dass inzwischen viele Modelle, Materialien, Praxisberichte, auch theoretische Reflexionen zum Themenbereich Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit vorliegen und dass das Thema in der Veranstaltungsrealität verschiedener Institutionen – im Osten und Westen unserer Republik gleichermaßen – längst angekommen ist, auch wenn es im pädagogischen Alltag, als Reflex gewissermaßen auf das jeweilige aktuelle politische Klima, durchaus Konjunkturen gibt (vgl. Ahlheim 2008). Mit jedem neuen fremdenfeindlichen Anschlag, der meist verbunden ist – wenn überhaupt – mit eher kurzen politischen Empörungskampagnen, gewinnt das Thema für eine inzwischen stark markt- und drittmittel-orientierte außerschulische Bildung an Aktualität und Intensität, ohne dass es wirklich längerfristig, nachhaltig, etabliert wäre. Aber gerade in den Hochzeiten der politischen Debatte ist eine fatale Wahrnehmungsasymmetrie unverkennbar: Rechtsextreme Gewalt und fremdenfeindliche Gesinnung werden ebenso oft wie gern als Problem vor allem der Ostdeutschen wahrgenommen, was so eindeutig aber auf keinen Fall stimmt. Gewiss ist die Zahl der rechtsextremen Straf- und Gewalttaten – bzw. wie es im Verfassungsschutzbericht heißt, der „Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich ‚politisch motivierte Kriminalität rechts‘“ – im Osten der Republik regelmäßig höher als im Westen. Vergleicht man die Zahl der Gewalttaten je 100.000 Einwohner in den einzelnen Bundesländern, dann liegen die östlichen Bundesländer schon seit Jahren an der Spitze. Im Jahr 2006 führte Sachsen-Anhalt mit 4,5 rechtsextremen Gewalttaten je 100.000 Einwohner die Liste an, vor Brandenburg (3,5), Berlin (3,0) und Thüringen (2,4). Erst an fünfter Stelle findet sich ein westliches Bundesland (Schleswig-Holstein mit 2,4 Gewalttaten je 100.000 Einwohner), gefolgt wiederum von einem östlichen (Sachsen mit 1,8 Gewalttaten je 100.000 Einwohner). Nordrhein-Westfalen, das bevölkerungsreichste Bundesland, liegt in dieser unrühmlichen Rangfolge erst an zehnter Stelle (mit 0,8 Gewalttaten je 100.000 Einwohner). Betrachtet man freilich die absoluten Zahlen, dann finden die meisten rechtsextremen Gewalttaten eben in Nordrhein-Westfalen statt – im Jahr 2006 waren es 145 (vgl. Verfassungsschutzbericht 2006, S. 36 f.). Auch was die Verbreitung fremdenfeindlicher Einstellungen in der Bevölkerung betrifft, ist der empirische Befund so eindeutig nicht. Das insgesamt durchaus beunruhigende Ergebnis verschiedener Bevölkerungsumfragen trifft das gesamte, vereinigte Deutschland, wenn auch mit unterschiedlicher Ausprägung in Ost und West. Und es heißt: Fremdenfeindliche Vorurteile sind, in den alten wie in den

neuen Bundesländern, nicht nur ein Problem des rechten Randes, sie sind vielmehr in der Mitte der Gesellschaft fest verankert. Und es ist gerade diese fremdenfeindliche Ideologie der Mitte, das weiß man aus Gesprächen mit und Äußerungen von rechts-extremen Tätern, von der sich Rechtsextreme nicht selten ermutigt, gar zu ihren Taten „aufgefordert“ fühlen.

1. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus – empirische Befunde

Wir, mein ehemaliger Mitarbeiter und Essener Kollege Bardo Heger und ich, sind in verschiedenen empirischen Studien der Frage nach dem ideologischen Umfeld der rechtsextremistischen Gewalttäter nachgegangen. In unserer jüngsten Studie (Ahlheim/Heger 2008) haben wir die „Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) von 1996 und 2006 vergleichend ausgewertet. Unsere Auswertung ergab, und bestätigte damit frühere, auch eigene Untersuchungen, dass ablehnende und vorurteilvolle Einstellungen gegenüber Ausländern in der deutschen Bevölkerung weit verbreitet sind. Die meisten Aussagen – darunter die mittlerweile schon „klassischen“ Vorurteile, Ausländer seien eine Belastung für das soziale Netz, nähmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg und seien besonders kriminell – trafen bei mindestens einem Viertel der Befragten auf Zustimmung. Bereits ein Asylbewerber wäre 47 Prozent der Deutschen als Nachbar unangenehm, so jedenfalls lautete die Frage, vermutlich aber konnten sich viele Befragte einen einzelnen Asylbewerber gar nicht vorstellen und assoziierten sofort eine anonyme, chaotisch-bedrohliche „Horde“. Auch neben Türken möchte ein gutes Drittel der Befragten lieber nicht wohnen und ebenfalls jeder dritte Deutsche fühlt sich durch die „vielen Ausländer“ immer mehr „als Fremder im eigenen Land“.

Insgesamt erweisen sich fremdenfeindliche Denk- und Orientierungsmuster hierzulande, die eben nicht nur ein ganz wesentliches Element rechtsextremer Propaganda und Agitation sind, als recht „stabil“, bei insgesamt leicht rückläufiger Tendenz. Interessant ist freilich, dass der Vergleich zwischen den Antworten von 1996 und 2006 eine gewisse Verschiebung im „Charakter“ fremdenfeindlicher Einstellungen signalisiert. Aggressive Ausgrenzungs- und Abwehrwünsche gegenüber Asylbewerbern und Flüchtlingen haben leicht abgenommen, wohl auch weil ja die „Festung Europa“ insgesamt kaum noch Immigration zulässt. Forderungen nach stärkerer Integration, nach Anpassung der hier lebenden Familien haben dagegen zugenommen. Im Grunde spiegeln solche Veränderungen in den Zustimmungen zu fremdenfeindlichen Items – ganz materialistisch – politische Realität ebenso wider wie die Veränderung des politisch-kulturellen Klimas, das aus verschiedenen Gründen Anpassungsleistungen der Eingewanderten, aber nicht nur der Eingewanderten, großschreibt.

Zwar sind nach unserer Untersuchung fremdenfeindliche Denk- und Orientierungsmuster in den letzten zehn Jahren offenbar ein wenig zurückgegangen, sie gehören gleichwohl zum Alltag dieser Republik und reichen weit über den Kern rechtsextremistischer Gewalttäter und rechtsextremistisch Organisierter hinaus. Nur 6 Prozent der Befragten im Westen und gerade einmal 3 Prozent im Osten sind frei von fremdenfeindlichen Vorurteilen. Dagegen können in den alten Bundesländern 17 Prozent

der Bevölkerung als „deutlich“ und weitere 6 Prozent als „stark“ fremdenfeindlich eingestuft werden. Nimmt man diese beiden Gruppen zusammen, dann teilt immerhin fast ein Viertel der West-Befragten fremdenfeindliche Einstellungen in einem Ausmaß, das durchaus als gravierend zu bezeichnen ist. Deutlicher noch fällt der Befund für den Osten der Republik aus. Mit 22 Prozent „deutlich“ und 9 Prozent „stark“ fremdenfeindlich eingestellten Befragten zeigen insgesamt 31 Prozent der Ostdeutschen ein bedenkliches Maß an Fremdenfeindlichkeit. (Dazu genauer: Ahlheim/Heger 2008, S. 53 ff.) Ost- und Westdeutsche teilen übrigens dieses bedenkliche Maß an Fremdenfeindlichkeit mit vielen Europäern. Auch in Europa – man sollte das freilich nicht als Entlastung der Deutschen missverstehen – ist eine fremdenfeindliche Grundstimmung und „Abschottungsmentalität“ weit verbreitet (vgl. ebd., S. 79 ff.).

Differenziert man die Untersuchungsergebnisse nach dem Alter der Befragten, dann ergibt sich im Vergleich der Untersuchung von 1996 und von 2006 ein interessanter Befund, eine leichte Verschiebung, eine neue Entwicklung möglicherweise, die nicht unbedeutend ist. Die Ergebnisse der 1996er Befragung sind eindeutig und sie bestätigen noch viele Befragungen, die bis in die letzten Jahre vorgenommen wurden. Anders als fremdenfeindliche Gewalttaten sind fremdenfeindliche Einstellungen alles andere als ein Problem der jungen Leute. Im Gegenteil nimmt die Fremdenfeindlichkeit, im Osten wie im Westen, von der ältesten zur jüngsten Altersgruppe stetig ab. Die Auswertung der Daten von 2006 zeigt nun, dass sich dieser Trend ganz so eindeutig nicht fortgesetzt hat. Ein zu beobachtender leichter Rückgang fremdenfeindlicher Einstellungen in der deutschen Bevölkerung insgesamt ist, sieht man die Daten von 2006 genauer an, vor allem auf einen Meinungswandel unter den älteren Befragten zurückzuführen, während gerade in der jüngsten Altersgruppe die Fremdenfeindlichkeit wieder zunimmt. Damit sind fremdenfeindliche Vorurteile freilich nach wie vor kein besonderes „Jugendproblem“, anders als noch 1996 zeichnen sich die jüngeren Befragten jedoch auch nicht mehr durch besonders liberale Einstellungen aus.

Für die politisch wichtige, im vereinten Deutschland noch immer sensible und politikdidaktisch bedeutsame Frage nach den Ursachen fremdenfeindlicher Einstellungen in Ost und West sind unsere Ergebnisse aufschlussreich. Das sich im öffentlichen Diskurs und in der öffentlichen Wahrnehmung hartnäckig haltende (Vor-)Urteil, Fremdenfeindlichkeit sei vor allem ein Problem der „neuen Bundesländer“, lässt sich, zumindest was die Verbreitung fremdenfeindlicher Einstellungen, die ja wiederum die Grundstimmung für fremdenfeindliche Agitation und rechtsextreme Gewalt ausmachen, nicht halten, auch wenn fremdenfeindliche Stimmungen in Ostdeutschland stärker ausgeprägt sind als im Westen. Natürlich kann man, muss man über diese unterschiedlichen Ausprägungen nachdenken. Aber monokausale Zuschreibungen machen sich da eher verdächtig und der Versuch etwa, Fremdenfeindlichkeit, gar Rechtsextremismus im Osten zuerst und vor allem auf den politischen Alltag bis 1989 oder gar die Besonderheiten kollektiver Erziehung in der ehemaligen DDR (Pfeiffer 1999) zurückzuführen, muss scheitern, zumal die nur in der Relation geringere, aber nicht unbedeutliche Fremdenfeindlichkeit in den alten Bundesländern so ja gar nicht erklärbar wäre. Und wenn man schon spezifische Gründe für die im Ver-

gleich höhere Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland sucht, wären vielleicht Überlegungen hilfreich, die für die Politik und die Politiker der alten Bundesländer so schmeichelhaft dann gar nicht sind. „Wie soll jemand“, so habe ich das in der anfangs erwähnten Rede im Jahr 1994 formuliert, „in den neuen Bundesländern zum fremden-freundlichen, aufgeschlossenen Europäer werden, auch das ein wichtiges und schönes Ziel politischer Bildung, wenn er faktisch dazu gezwungen wird, sein heutiges Leben so zu leben, als habe es vorher keines gegeben?“ Wir sind, sehr oft jedenfalls, nicht nur die Antwort auf diese Frage schuldig geblieben, wir haben die Frage selbst längst beiseite geschoben.

Sind am Ende gar, bei gerechter und nicht westlich-selbstgerechter Betrachtung, die viel geschmähte kollektive Erziehung in der ehemaligen DDR und ihr vermeintlich ganz und gar wirkungsloser, ja kontraproduktiver, weil staatlich verordneter Antifaschismus so eindeutig schlecht und nur schlecht nicht gewesen, wie man es heute gemeinhin und wie selbstverständlich meint? Mir sind noch unzählige Seminare und Prüfungen in Erinnerung, bei denen es um die Grundprobleme historisch-politischer Bildung im Allgemeinen und um Gedenkstättenfahrten im Besonderen ging. Regelmäßig und wie auswendig gelernt, wie verinnerlicht kam da der entschlossene Hinweis auf den angeblich hilf- und wirkungslosen, weil verordneten Antifaschismus in der DDR und die Instrumentalisierung der Erinnerung dort – Erinnerung immerhin, wenn man Buchenwald zum Beispiel betrachtet, zu einer Zeit, als in der westlichen Republik das Verdrängen der Nazi-Barbarei auf der politischen Agenda noch ganz oben stand.

Vielleicht hilft in dieser Frage ein Befund weiter, den wir ebenfalls in unserer neuen Studie erhoben haben, der im Rahmen empirischer Untersuchung so neu und überraschend aber gar nicht ist, dessen Konsequenz für die politische wie politikdidaktische Debatte aber weithin unbedacht bleibt. Was nämlich den Antisemitismus angeht, ein weiteres Element rechtsextremer Propaganda und Agitation, so gibt es wiederum zwischen Ost und West deutliche Unterschiede – aber ganz anders, als man es nach dem Fremdenfeindlichkeitsbefund erwarten würde! Genauer: es gab bislang deutliche Unterschiede. Kurz nach der Wiedervereinigung im Jahr 1990/91 durchgeführte Umfragen brachten das, für manche damals vielleicht überraschende Ergebnis, dass nur 4 bis 6 Prozent der Befragten in den neuen Bundesländern, also wirklich nur eine Minderheit, antisemitisch eingestellt waren, in den alten Bundesländern waren es immerhin dreimal soviel. Umfragen in den folgenden Jahren bestätigten diesen Befund und ermittelten jeweils eine geringere Verbreitung antisemitischer Einstellungen unter den Ostdeutschen, allerdings nur da, wo, so das einschränkende Fazit von Werner Bergmann, das antijüdische Vorurteil „mit der NS-Vergangenheit verknüpft war“ (Bergmann 2004, S. 30). Dies könne man, so Bergmann weiter, als „Wirksamkeit der antifaschistischen Verurteilung der Judenverfolgung im Nationalsozialismus interpretieren“ (ebd.), ein Satz, den man manchen Theoretikern der historisch-politischen Bildung ins Stammbuch schreiben sollte. „Man kann“, und ich zitiere jetzt zum letzten Mal meinen Erfurter Vortrag, „die Aufgabe der politischen Bildung der nächsten Jahre auch als ein großes und schmerzliches Projekt der Selbstaufklärung beschreiben. Das ist ein Prozess des gegenseitigen Lernens, des Zuhörens,

des Verstehens. Das ist kein Prozess des Besserwissens und schon gar nicht, verzeihen Sie mir den politischen Kalauer, der „Besserwessis“. Ganz offenkundig ist dieser Prozess, wenn er je richtig in Gang kam, doch bald ganz gründlich ins Stocken geraten.

Aber zurück zu unserem aktuellen Befund. In den 1996er ALLBUS-Daten noch deutlich sichtbar, in den aktuellen Daten von 2006 nicht mehr ganz so deutlich, ist weiterhin eine geringere Verbreitung antisemitischer Einstellungen in den neuen Bundesländern zu beobachten, aber unsere Daten und verschiedene andere Antisemitismusstudien der letzten Jahre deuten auch hier auf einen Prozess der Angleichung hin, der Angleichung antisemitischer Einstellungen in Ost- und Westdeutschland (vgl. Bergmann 2004, S. 31). Und auch hier ist wohl das Erstarken antisemitischer Einstellungen im Osten fast zwei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung nur schwer der DDR-Vergangenheit anzulasten.

2. Entwicklung und Probleme der politischen Bildung

Ich komme nun abschließend zu einem spezifischen Problem der politischen Bildung, auf das Gerhard Strunk in einem bereits 1990 veröffentlichten Beitrag – ein Beitrag im Übrigen, der schon ein Jahr später vom Sturm der Geschichte überholt war – über „Rückfragen an die Identität der Deutschen. Anmerkungen eines Pädagogen zum Prozess der Vereinigung beider deutscher Staaten“ hingewiesen hat (vgl. Strunk 1990, S. 15 ff.). Strunk, ab 1991 Präsident der Universität der Bundeswehr in Hamburg, sprach damals von einer „geheime(n) Verachtung des Souveräns“, des Volkes nämlich, durch Politik und Politiker (vgl. ebd., S. 23), die mit der Erwartung an die politische Bildung verbunden sei, „die Akzeptanz der jeweiligen Politik zu gewährleisten“, und in der Konsequenz zur „Domestizierung und Instrumentalisierung der politischen Bildung“ führe. Die politische Bildung, so spitzte Strunk seine Kritik noch zu, „wird ... nicht als Hilfe zur Aufklärung und Teilhabebefähigung der Bürger angelegt, sondern als Instrument der Herrschaftskonsolidierung durch Loyalitätssicherung“ (ebd., S. 23). Als „Indiz“ für solche negative Entwicklung nannte Strunk damals – hoffend noch, dass es in einem vereinigten Deutschland ganz anders kommen könne – „die administrative Einbindung z. B. der Landeszentralen für politische Bildung in den Regierungsapparat (bes. in die Staatskanzleien)“ und „die ständig verbesserte Finanzausstattung der Einrichtungen für die politische Bildung in den Parteistiftungen ... bei gleichzeitig stagnierenden Mitteln für andere Einrichtungen, vor allem für die kommunalen Volkshochschulen“ (ebd.). Strunks mit dieser scharfen Kritik zugleich noch verbundenen Veränderungshoffnungen haben sich schnell zerschlagen. Institutionalisiert und organisiert wurde die politische Bildung auch in Ostdeutschland genau nach dem von Strunk kritisierten Modell, und die Befürchtungen Strunks, politische Bildung könne instrumentalisiert werden im Sinne von „Herrschaftskonsolidierung durch Loyalitätssicherung“, ist auch aktuell so unbegründet nicht. Regelmäßige und nun schon seit Jahren übliche Mittelkürzungen machen die Anbieter und Angebote politischer Bildung nicht nur ärmer, sie machen auch die für die politische Bildung in den Institutionen Verantwortlichen hellhöriger, lassen sie –

eben auch aus ökonomischer Notwendigkeit – genauer hören auf das, was politisch vorgegeben und opportun, zumindest im Trend, weniger sperrig ist. Kürzungen im Finanzbereich haben auf die Dauer auch im Programmbereich Folgen, ganz offenkundige und ganz subtile. Die neuerdings unvermeidliche Drittmittelfinanzierung und -orientierung in der Jugend- und Erwachsenenbildung trägt das Ihre dazu bei, dass Politik und Politiker über verschiedene, meist auf die aktuelle Politik ausgerichtete Programme und Projekte – ganz beiläufig – Trends und Themen in der politischen Bildung setzen, zumindest stärker bestimmen als bislang – und das natürlich nicht unbedingt in selbstkritischer Absicht. Für die Behandlung des Themas Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit ist solche Entwicklung folgenreich und problematisch, weil sie die schon erwähnten Konjunkturen im politischen und pädagogischen Umgang mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit noch begünstigen könnte. Dabei braucht politische Bildung gerade hier Kontinuität und „Nachhaltigkeit“, weil gegen rechtsextreme Denk- und Handlungsmuster, gegen tief verankerte Vorurteilsstrukturen, gegen aggressiven Fremdenhass und Antisemitismus kein Konzept politischer Bildung ganz „einfach“ und möglichst „zeitnah“, um einen Begriff des Politjargons zu benutzen, ankommt. Gegen die Macht des Vorurteils, das von der Macht der Verhältnisse, der sozialen und ökonomischen zumal, provoziert wird, argumentiert aufklärende Bildung zunächst vergebens. Politische Bildung braucht da einen langen Atem, und der politische „Bildner“ hat sich eine Sisyphusarbeit aufgeladen. Aber wir wissen ja seit Albert Camus (Camus 1959, S. 101), dass wir uns Sisyphos als einen glücklichen Menschen vorstellen müssen.

Literatur

- Ahlheim, Klaus: Themenkonjunkturen in der politischen Erwachsenenbildung – Zur Entwicklung der letzten Jahre, in: Praxis Politische Bildung, Heft 2 2008, S. 123-128
- Ahlheim, Klaus/Heger, Bardo: Nation und Exklusion. Der Stolz der Deutschen und seine Nebenwirkungen, Schwalbach/Ts. 2008
- Bergmann, Werner: Die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin 2004, S. 25-55
- Camus, Albert: Der Mythos von Sisyphos. Ein Versuch über das Absurde, Hamburg 1959
- Strunk, Gerhard: Rückfragen an die Identität der Deutschen. Anmerkungen eines Pädagogen zum Prozeß der Vereinigung beider deutscher Staaten, in: Gerhard Strunk u. a. (Hrsg.), Wiederbegegnung. Herausforderungen an die Politische Bildung, Bonn 1990, S.15-25
- Verfassungsschutzbericht 2006, hrsg. vom Bundesministerium des Innern, Berlin 2007